

Europas Windindustrie steht vor dem Aus und die Slowakei blockiert Windprojekte

geschrieben von Andreas Demmig | 15. März 2024

Stopthesethings

Europas Windindustrie steckt im Todeskampf. Der Aktienkurs des dänischen Unternehmens Ørsted stürzte Ende letzten Jahres um 25 % ab und war nach der Kürzung der Dividenden an die Aktionäre gezwungen, Milliarden US-Dollar vom prognostizierten Wert seiner US-Offshore-Projekte abzuschreiben, und der Aktienkurs tendiert immer noch nach unten.

Die grüne Blase spielt immer noch das Panik-Orchester

geschrieben von Chris Frey | 15. März 2024

Andrew Montford

Der Haushalt von Jeremy Hunt war symptomatisch für die Probleme der Konservativen Partei. Er vermittelte den Eindruck einer Regierung, die aufgrund der Spaltung in ihren parlamentarischen Reihen zwischen der grünen Blase auf der einen Seite und einem Rest von altmodischen Konservativen auf der anderen Seite nahezu richtungslos ist, versuchen sie doch verzweifelt, ihre Kollegen davon abzuhalten, die Partei und das Land in die Vergessenheit zu treiben.

So kam es einerseits zu einem angeblich dramatischen Rückzieher bei der Heizungssteuer und andererseits zu einem neuen Meer von Subventionen für erneuerbare Energien.

Bei näherer Betrachtung ist an der Rücknahme der Heizungssteuer weniger dran, als es den Anschein hat. Die Politik wird beibehalten, aber die Geldbußen für die Heizungshersteller, ohne die sie zahllos ist, werden in den nächsten zwölf Monaten nicht eingeführt werden.

Aus Insiderkreisen ist zu hören, dass die erforderlichen sekundären Rechtsvorschriften noch nicht einmal in diesem Jahr im Parlament eingebracht werden, also mit ziemlicher Sicherheit nicht unter der derzeitigen Regierung. Es ist schwer zu sagen, ob dies wirklich der Fall

ist. Ist das alles nur ein Trick, um die Politik in die Schublade zu stecken und den Green Blob-Ministern Graham Stuart und Lord Callanan zu ermöglichen, ihr Gesicht zu wahren? Oder gehen die Grünen davon aus, dass Ed Miliband von der Labour-Partei die britische Öffentlichkeit im Jahr 2025 einfach über den Tisch ziehen wird? Wir werden abwarten müssen und sehen.

Der Kontrast zur neuen Subventionswelle ist verblüffend. Nachdem die Regierung dem Sektor im vergangenen Jahr erstaunliche Preiserhöhungen zugestanden hat, werden neue Subventionen in Höhe von insgesamt 1,4 Milliarden Pfund erwartet, was etwa 50 Pfund pro Haushalt entspricht. Dies ist ein weiterer Hammerschlag für die bedrängte Öffentlichkeit.

So kann es natürlich nicht weitergehen, aber es steht wohl außer Zweifel, dass der Schaden katastrophal sein wird, der unserer Lebensweise durch eine derart irrationale Politik zugefügt wird.

Link:

<https://mailchi.mp/b2f0cc505399/net-zero-budget-a-hammer-blow-aimed-at-public-201380?e=08ba9a1dfb>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Klimamodellverzerrung 6: Arbeitsgruppe II (WG II)

geschrieben von Chris Frey | 15. März 2024

[Andy May](#)

In den vorangegangenen Teilen dieser Serie wurden die Modellverzerrungen in den CMIP6-Modellen und bei ihrer Interpretation im AR6 WG I untersucht. In diesem Teil geht es um Modellverzerrungen in AR6 WG II, Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability (Klimawandel 2022: Auswirkungen, Anpassung und Verwundbarkeit) [1]. Der Bericht der IPCC WG II verwendet die möglichen zukünftigen Klimaprojektionen aus dem WG I-Bericht, um die zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesellschaft zu projizieren. Zu diesem Zweck werden sozio-ökonomische Modelle verwendet. Wie wir in den vorangegangenen Teilen dieser Serie gesehen haben, ist der WG I-Bericht voreingenommen und ignoriert mögliche natürliche Beiträge zur kürzlich beobachteten globalen Erwärmung, die sich aus Veränderungen der Sonne, der Wolkenbedeckung und des meridionalen Energietransports ergeben.

Die WG I/CMIP6-Modelle schreiben die gesamte Erwärmung seit 1750 eher willkürlich menschlichen Einflüssen zu, insbesondere CO₂-Emissionen [2]. Die WG II akzeptiert diese kontroverse Schlussfolgerung. Sie verwendet die prognostizierten CO₂-Emissionen in Verbindung mit den WG I/CMIP6-Modellen zur Vorhersage künftiger Temperaturen und prognostizierter Auswirkungen auf andere Klimakomponenten wie Niederschläge, um die künftigen Auswirkungen auf die menschliche Zivilisation zu modellieren.

Die WG II erklärt Folgendes:

„Der vom Menschen verursachte Klimawandel, einschließlich häufigerer und intensiverer Extremereignisse, hat weitreichende negative Auswirkungen und damit verbundene Verluste und Schäden für Natur und Menschen bewirkt, die über die natürlichen Klimaschwankungen hinausgehen.“ [3] – AR6 WG II, Seite 9

Dies ist nur dann richtig, wenn wir ihre Annahmen über die Reichweite der natürlichen Klimaschwankungen akzeptieren, aber wie wir in den voran gegangenen Teilen dieser Serie gesehen haben, sind ihre Annahmen über die natürliche Erwärmung sehr umstritten, insbesondere die Auswirkungen der solaren Variabilität. Unabhängig davon, ob der Klimawandel natürlich oder vom Menschen verursacht ist, wird fast immer irgendjemand, irgendwo, von einer Klimaveränderung nachteilig betroffen sein, während andere von der gleichen Veränderung profitieren werden. Wie weit verbreitet ist „weit verbreitet“?

Die Arbeitsgruppe II diskutiert großzügig die potenziellen negativen Auswirkungen des Klimawandels [4] und die potenziellen Vorteile der von ihr empfohlenen Anpassungs- und Abschwächungsmaßnahmen, aber der Bericht erwähnt selten die gut dokumentierten potenziellen Vorteile der globalen Erwärmung und des zusätzlichen CO₂ in der Atmosphäre [5]. Die Tatsache, dass die AG II nur die Probleme des Klimawandels und nicht die Vorteile betrachtet, offenbart ihre Voreingenommenheit und entkräftet ihre Analyse. Selbst wenn sie einen Nutzen erwähnen, finden sie darin etwas Negatives. So wird z. B. erwähnt, dass eine erhöhte CO₂-Konzentration den Holzpflanzen zugute kommt, dass aber Holzpflanzen einen Anstieg des atmosphärischen Kohlenstoffs verursachen können [6].

Wie Brian O'Neill schreibt, sagen viele Studien zwar Probleme für die Zukunft voraus, aber sie sagen auch eine Zukunft voraus, in der die Menschheit besser ausgebildet ist, sich besser ernährt, länger lebt, gesünder ist, weniger Armut und weniger Konflikte hat. Damit wird lediglich ein Trend fortgesetzt, der bereits seit vielen Jahrzehnten zu beobachten ist [7]. O'Neill berichtet, dass derzeit weltweit 700-800 Millionen Menschen von Hunger bedroht sind. Bis zum Jahr 2050 wird diese Zahl auf 250 Millionen sinken, selbst wenn man die möglichen Auswirkungen einer Erwärmung um 2°C berücksichtigt [8].

Gegenwärtig wächst die Weltwirtschaft um 2 bis 3 % pro Jahr [9], und es wird nicht erwartet, dass sich dies in Zukunft wesentlich ändert. Bei

einer möglichen Erwärmung um 2,5°C im nächsten Jahrhundert rechnen Wirtschaftswissenschaftler mit einer positiven Nettoauswirkung des Klimawandels von etwa 2 % bis zu einer negativen Nettoauswirkung von etwa 2,5 % auf das globale BIP. Es ist bezeichnend, dass das Vorzeichen der wirtschaftlichen Nettoauswirkungen des Klimawandels nicht bekannt ist. Die durchschnittliche Auswirkung einer Erwärmung um 2,5 °C beträgt für den Durchschnittsbürger 1,3 % [10]. In den nächsten 80 Jahren dürfte das globale BIP um 487 % bis 1.000 % wachsen, so dass die negativen 1,3 % aufgrund des Klimawandels wahrscheinlich nicht auffallen werden. Richard Tol schreibt, dass die Unsicherheit in den Schätzungen der Auswirkungen des Klimawandels auf das gesamtwirtschaftliche Wohlergehen sehr groß ist, und wenn wir diese Unsicherheit berücksichtigen, weichen die Auswirkungen des Klimawandels bis zu einer Erwärmung von 3,5°C nicht signifikant von Null ab [11].

Szenarien der Emissionen und Auswirkungen

Die Zukunft lässt sich nicht vorhersagen. Daher wurde in den 1960er Jahren von Herman Kahn, einem Militärstrategen der RAND Corporation, das Konzept der „Szenarien“ entwickelt [12]. Dahinter steht der Gedanke, eine „Business-as-usual“-Prognose zu entwickeln, die davon ausgeht, dass im Planungszeitraum keine ungewöhnlichen Ereignisse eintreten. Dann variiert man etwas und berechnet eine alternative Prognose, die den Unterschied zwischen der Basisprognose, der „Business-as-usual“-Prognose und dem Modell zeigt. Es handelt sich dabei lediglich um ein Lerninstrument, das wie alle Modelle dazu dient, die möglichen Auswirkungen von politischen Änderungen, Vorschriften oder taktischen Entscheidungen in Kriegen oder Schlachten zu untersuchen. Wir sollen keiner der Prognosen Glauben schenken, wichtig sind nur die relativen Werte zwischen verschiedenen Annahmen. Die Szenarioanalyse wird häufig für Kosten-Nutzen-Analysen verwendet. Da die AG II jedoch nur die Kosten einbezieht und den Nutzen außer Acht lässt, ist ihre Kosten-Nutzen-Analyse hinfällig.

Es ist sehr wichtig, sich daran zu erinnern, dass die in der Arbeitsgruppe II verwendeten Projektionen davon ausgehen, dass es bis zum Jahr 2100 keine natürliche Erwärmung oder Abkühlung geben wird. Wenn es natürliche Kräfte gibt, die auf das Klima einwirken, dann sind die auf Treibhausgasen basierenden Projektionen falsch, auf die sie sich stützen, und ihre prognostizierten Auswirkungen auf die menschliche Zivilisation müssen ebenfalls falsch sein. Die AR6-Szenarien der Temperaturveränderung im Vergleich zu 1850 bis 1900 sind in Abbildung 1 dargestellt:

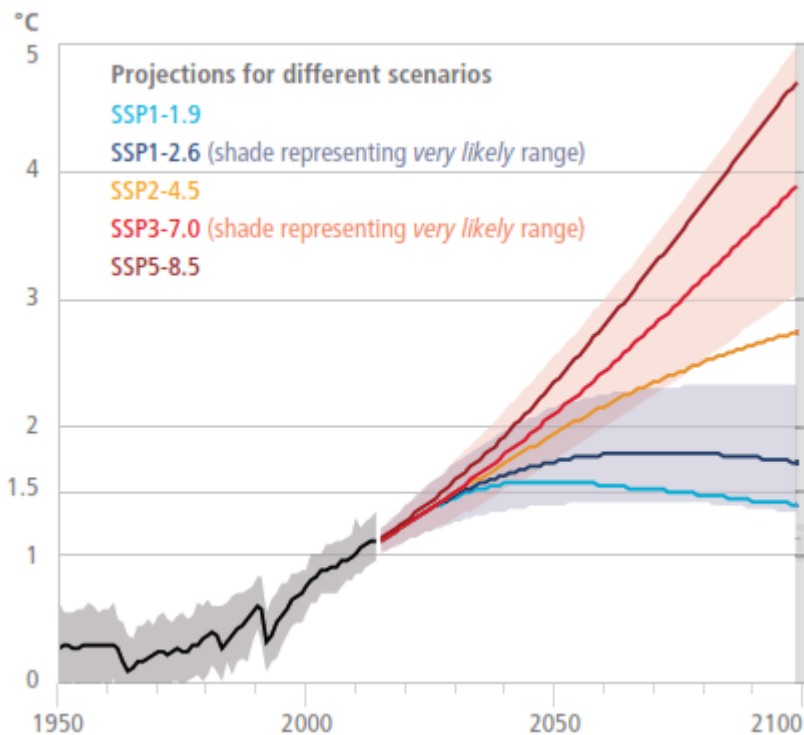


Abbildung 1. Die für das Jahr 2100 prognostizierte Temperatur. Quelle: (IPCC, 2022, S. 16).

Hausfather und Peters [13] haben die höheren Szenarien SSP3-7.0 und SSP5-8.5 (sowie ihr AR5-Äquivalent RCP8.5) als unwahrscheinlich bezeichnet, aber da diese Ansicht umstritten ist [14], nimmt die AR6 WG II keine Stellung dazu, welches der Szenarien in Abbildung 1 am wahrscheinlichsten ist [15]. Dies ist bedauerlich, da der Unterschied zwischen den Szenarien im Jahr 2100, also in nur 76 Jahren, über drei Grad beträgt. Die Kombination der Unsicherheiten bei der prognostizierten Erwärmung und den potenziellen Auswirkungen der Erwärmung ist extrem groß.

Roger Pielke Jr. und Justin Ritchie erklären uns, dass der Vorläufer des SSP5-8.5-Szenarios in Abbildung 1 aus dem ersten IPCC-Bericht von 1990 stammt. Im Jahr 1990 war es nach damaligem Kenntnisstand ein vernünftiges „Business-as-usual“-Szenario. Es prognostizierte einen starken Anstieg des Kohleverbrauchs und eine CO₂-Konzentration von 1.200 PPM im Jahr 2100. Heute wird dieses Emissionsszenario im SSP5-8.5 erreicht, aber mit dem, was wir heute wissen, ist es nicht „business-as-usual“, sondern eine unplausible Zukunft, die mit jedem Jahr unmöglicher wird [16]. Fairerweise muss man sagen, dass der IPCC das SSP5-8.5 nicht als „business-as-usual“ bezeichnet, sondern dass diese Bezeichnung von anderen verwendet wird, vermutlich weil es im ersten Bericht von 1990 so genannt wurde [17].

Marcel Crok berichtet in dem von ihm und mir herausgegebenen Buch *The Frozen Climate Views of the IPCC*, dass das unwahrscheinliche und jetzt

unplausible SSP5-8.5 und sein Vorgänger RCP8.5 laut Roger Pielke Jr. im AR6 41,5 % der Zeit erwähnt werden, viel mehr als die wahrscheinlicheren Szenarien SSP2-4.5 oder RCP4.5 (17 % der Zeit erwähnt). Die beiden letztgenannten Szenarien stimmen besser mit den jüngsten Beobachtungen überein [18]. Die Arbeitsgruppe II verwendet also häufig die verzerrten und zu warmen WG I-Modelle als Input für maximale und unplausible Emissionsszenarien, um ihre modellierten Klimaauswirkungs-Projektionen zu erstellen.

Ignorieren der guten Nachrichten

Die Verwendung unplausibler Szenarien und verzerrter Klimamodellergebnisse bei der Bewertung der Auswirkungen des Klimawandels ist zwar unklug, aber die positiven Auswirkungen des Klimawandels zu ignorieren und sich nur auf die negativen zu konzentrieren, ist vielleicht noch schlimmer. Der Grundgedanke bei der Verwendung von Szenarien besteht darin, die gesamte Bandbreite möglicher Ergebnisse zu untersuchen, und nicht die Modelldaten so auszuwählen, dass ein gewünschtes Ergebnis erzielt wird – ein Problem, das oft als Berichtsverzerrung bezeichnet wird. Es ist dieser Teil des Verfahrens der Arbeitsgruppe II, der sie ihre Glaubwürdigkeit gekostet hat.

Marcel Crok zeigt uns, dass die Anzahl der großen und auf das Festland übertretenden Hurrikane in den USA seit 1900 zurückgegangen ist [19]. Global gesehen gibt es keinen Trend bei Wirbelstürmen und Hurrikanen [20]. Es gibt auch keinen Trend bei der akkumulierten globalen Wirbelsturmennergie [21]. AR6 WG I stellt fest, dass seit 1950 die Zahl der heißen Tage und Hitzewellen zugenommen hat [22], aber wie Abbildung 1 in Teil 2 zeigt, kühlte sich die Welt 1950 ab. Zumindest in den Vereinigten Staaten zeigen die Aufzeichnungen, dass die Spitzenwerte für Hitzetage und Hitzewellen in den 1930er Jahren lagen [23]. Der AR6 WG I stellt auch fest, dass es ein „geringes Vertrauen in allgemeine Aussagen gibt, um Veränderungen bei Hochwasserereignissen auf den anthropogenen Klimawandel zurückzuführen“ [24]. Die Vorstellung, wonach extreme Wetterereignisse weltweit zunehmen, ist sehr umstritten.

Erwähnenswert ist die Feststellung der AR6 WG II, dass sie ein *hohes Vertrauen* darin hat, dass *einige* extreme Wetterereignisse als Folge des Klimawandels zunehmen, einschließlich extremer Niederschlagsereignisse, häufigerer und stärkerer Wirbelstürme/Hurrikane, und dass die jüngsten verheerenden Überschwemmungen aufgrund des Klimawandels wahrscheinlicher geworden sind [25]. Dies scheint im direkten Widerspruch zu den Aussagen der AR6 WG I zu stehen, aber die WG II umgeht den Widerspruch geschickt, indem sie „*einige extreme Wetterereignisse...*“ und „*verheerende Überschwemmungen in Westeuropa...*“ angibt. Um ihre Behauptung zu untermauern, wählen sie Orte und Ereignisse aus und vermeiden es, die globalen Auswirkungen zu erörtern, die sich nicht verändert haben oder rückläufig sind [26]. Ihre Behauptung wird durch die bereits in Teil 5 erwähnte Arbeit von Zhongwei Yan, Philip Jones und Anders Moberg widerlegt [27].

Schließlich ignorieren sowohl die WG I als auch die WG II völlig die Beweise dafür, dass die globale Erwärmung und zusätzliches CO₂ viele Vorteile haben. Bjorn Lomborg berichtet, dass der Wohlstand der Menschen im 21. Jahrhundert wahrscheinlich um 450 % zunehmen wird und dass die durch den Klimawandel verursachten Schäden diesen Wert auf 434 % reduzieren könnten [28], was für die meisten Menschen schwer zu erkennen sein wird. Lomborg stellt auch fest, dass die nicht klimabedingten Todesfälle durch Erdbeben, Tsunamis, Vulkane usw. in den letzten 100 Jahren nur geringfügig zurückgegangen sind, die klimabedingten Todesfälle jedoch um erstaunliche 99 %. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass kältebedingte Todesfälle viel häufiger sind als hitzebedingte Todesfälle, und dass mit der Erwärmung der Welt die kältebedingten Todesfälle stärker zurückgehen als die hitzebedingten Todesfälle zunehmen [29].

Rosinen-Pickerei

Die Autoren der AR6 WG II machten sich besonders schuldig, indem sie Papiere zur Diskussion auswählten, die ihre Annahmen stützten, und Papiere ignorierten, die diese widerlegten oder ihnen widersprachen. Ein klassischer Fall ist die Diskussion von Grinsted et al. [30], in der behauptet wird, dass einige Hurrikanschäden in den USA auf die vom Menschen verursachte globale Erwärmung zurückgeführt werden können. Grinsted ist einer von vielen Autoren [31], welcher die Hurrikanverluste auf vom Menschen verursachte oder verstärkte Hurrikanaktivitäten zurückführen konnten. Roger Pielke Jr. hat jedoch festgestellt, dass die Studie fehlerhaft ist, und fordert, dass sie zurückgezogen wird [32].

Obwohl die Studie wahrscheinlich fehlerhaft ist und von vielen anderen Studien widerlegt wird, wird sie verwendet, um die Vorstellung zu untermauern, dass einige Hurrikanverluste in den USA „teilweise auf den anthropogenen Klimawandel zurückgeführt werden können“ (AR6 WG II) [33]. Sie erwähnen jedoch auch eine andere Studie, nämlich Estrada et al. [34], von der sie annehmen, dass sie die Zuschreibung an den vom Menschen verursachten Klimawandel unterstützt, aber das steht nicht in der Studie. Estrada et al. sagen, dass ihre Ergebnisse nicht eindeutig sind und dass im Jahr 2005 2-12 % der normalisierten Verluste „auf den Klimawandel zurückzuführen sein könnten“. Sie haben also ein Jahr ausgewählt und nur die Vereinigten Staaten betrachtet, und vielleicht waren 2-12 % der Schäden auf den Klimawandel zurückzuführen. In den Schlussfolgerungen von Estrada heißt es:

„Die Zunahme von Wohlstand und Bevölkerung allein kann den beobachteten Trend bei den Hurrikanschäden nicht erklären. Der verbleibende Trend an sich beweist nicht das Vorhandensein eines Klimawandelsignals, da er auf Ursachen zurückzuführen sein könnte, die hier nicht berücksichtigt wurden.“ – Estrada, Botzen, und Tol, Nature Geoscience, 2015

Mit anderen Worten, sie stellen einen Trend bei den normalisierten Hurrikanschäden fest, der sich nicht vollständig durch zunehmenden

Wohlstand und wachsende Bevölkerung erklären lässt, und es ist möglich, dass dieser Überschuss auf den Klimawandel zurückzuführen ist. Estrada et al. erklären, dass ausgeprägte Ozeanschwankungen wie die Atlantische Multidekadische Oszillation (AMO) für einen Teil der beobachteten übermäßigen Hurrikanschäden verantwortlich sein könnten. Außerdem könnten Datenprobleme aus der Zeit vor 1940 zu einem falschen Aufwärtstrend bei den Schäden führen. Die Analyse von Estrada et al. hat also einen kleinen übermäßigen Trend bei den Schäden aufgedeckt, der durch den Klimawandel erklärt werden könnte, aber auch durch andere Faktoren verursacht werden könnte. Nicht sehr überzeugend.

Die AR6 WG II lässt den Leser mit der Vorstellung zurück, es stünden zwei gegen einen, obwohl eine der Pro-Attributions-Studien nicht schlüssig ist und eine große Anzahl von Studien ignoriert wurde, die keinen Zusammenhang zwischen Hurrikanschäden und dem Klimawandel feststellen. Die Arbeitsgruppe II macht die folgende Aussage, die sie teilweise entlastet:

„Der Klimawandel erklärt einen Teil der langfristigen Zunahme der wirtschaftlichen Schäden durch Hurrikane (begrenzte Beweise, geringe Übereinstimmung)“ [35] – IPCC AR6 WG II, Seite 1978

Sie werden durch den Teil „begrenzte Beweise, geringe Übereinstimmung“ gerettet, aber irgendwie wird dieser Teil in den Pressemitteilungen und in den Nachrichtenmedien immer weggelassen.

Modellverzerrung der WG II – Zusammenfassung

So wie die WG I die potenziellen Auswirkungen der Sonnenvariabilität und der Veränderungen des meridionalen Transports ignorierte, ignorierte die WG II die potenziellen Vorteile der Erwärmung und des zusätzlichen atmosphärischen CO₂. Dies macht den Bericht wertlos. Indem sie die gut dokumentierten Vorteile der globalen Erwärmung und des zusätzlichen CO₂ ignorieren, können sie eindeutig nicht die Auswirkungen des Klimawandels oder unsere Anfälligkeit für Klimaänderungen beurteilen. Das macht ihren Bericht für politische Entscheidungen oder Kosten-Nutzen-Analysen unbrauchbar.

Es ist schwer zu entscheiden, wie dieses Problem in der AR6 WG II genau zu charakterisieren ist. Man könnte es als „reporting bias“ bezeichnen, da sie so viele Studien ignoriert haben, die über Erwärmung und CO₂-Vorteile berichten. Man könnte es auch als Confirmation Bias bezeichnen, da sie erklärtermaßen davon ausgehen, dass Erwärmung und zusätzliches CO₂ eine schlechte Sache sind. Aber so oder so haben sie es versäumt, den aktuellen Stand der vorhandenen Literatur zu diesem Thema ehrlich wiederzugeben.

Als Nächstes betrachten wir die Modellverzerrungen in der WG III.

Download the bibliography [here](#).

Link:

<https://andymaypetrophysicist.com/2024/03/11/climate-model-bias-6-WG> II/

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Immer mehr ernste Warnungen vor langen Stromsperren

geschrieben von Admin | 15. März 2024

Die Energiewende wird Deutschland 5 Billionen Euro kosten. Ein teurer Spaß, vor allem, wenn man bedenkt, dass Netzbetreiber vor drohenden häufigen und langen Stromabschaltungen wegen der Energiewende warnen.

von Manfred Haferburg

Wieder kommt – von den Medien wenig beachtet – eine neue Hiobsbotschaft auf den Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck zu. *Welt Online* titelt: *Stromnetz bis zu hundertmal im Jahr tot? Die neuen Zweifel am frühen Kohleausstieg*“.

Nun ist es nicht mehr „nur“ der baden-württembergische Netzbetreiber TransnetBW, der vor dem Netzzusammenbruchwarnt. Es ist nicht mehr nur der Bundesrechnungshof, der dem Energiewendeschiff bescheinigt, gefährlich aufs Riff zuzulaufen. Nun warnt die Chefin des größten Verteilnetzbetreibers *Westenergie* vor großen Versorgungslücken. *Westenergie* versorgt rund acht Millionen Menschen im Westen Deutschlands mit Strom, Gas, Wasser und Internet. Mit einem Stromnetz von fast 200.000 Kilometern Länge gilt die Eon-Tochter als größter Verteilnetzbetreiber des Landes.

Welt Online schreibt: „*Katherina Reiche, Chefin des größten Verteilnetzbetreibers Deutschlands, warnt vor enormen Versorgungslücken im Stromnetz angesichts eines Kohleausstiegs bis 2030. In einem bestimmten Szenario seien bis zu hundert Abschaltungen im Jahr möglich, die bis zu 21 Stunden dauern könnten*“. Der Netzbetreiber hat die Wetterdaten der letzten dreißig Jahre ausgewertet und den Kraftwerksverschrottungsplänen der Bundesregierung gegenübergestellt.

Demnach könnten es im Jahresverlauf in dunklen, windstillen Phasen bis zu hundertmal zu Versorgungslücken kommen, die bis zu 21 Stunden dauern. Dies sei für ein Industrieland nicht hinnehmbar. Ob das nur für die Industrie hinnehmbar ist, da habe ich meine Zweifel. Da könnten auch die

im Dunkeln und Kalten sitzenden Verbraucher unfroh reagieren und an der heilsbringenden Energiewende zweifeln.

Und was sagt die „Wissenschaft“?

Zu den leisen Kritikern des vorgezogenen Kohleausstiegs zählen auch drei ostdeutsche Ministerpräsidenten, Brandenburgs Dietmar Woidke (SPD), Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff. Sie fordern, das vorgezogene Kohle-Aus im Jahre 2030 schlicht zu streichen.

Umweltschutzorganisationen wie BUND und die Partei der Grünen pochen indes auf das frühe Ausstiegsdatum. „Wir Grüne im Bundestag wollen den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen“, heißt es auf der Website der Grünen Fraktion. Nach dem Willen der Regierungsparteien soll der Anteil von Strom aus Wind und Sonnenenergie bis zu diesem Zeitpunkt auf 80 Prozent gestiegen sein. Die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat sich mit dem RWE-Konzern auf ein Ende der Kohleförderung im Rheinland, dem größten Braunkohlerevier Europas, bereits für das Jahr 2030 verständigt.

Was sagt denn nun die „Wissenschaft“ dazu, ob die deutsche Energiewirtschaft den Ausstieg aus Kernkraft, Kohle und Gas innerhalb weniger Jahre problemlos bewältigen kann? Dazu gibt es eine Vielzahl von Auftragsstudien mit unterschiedlichsten Ergebnissen. Die Analysen der Bundesnetzagentur und der Umweltverbände halten das Ziel unter hohen Kosten und der Bedingung, dass die Planziele der Regierung hinsichtlich des Ausbaus der erneuerbaren Energieträger und der Backup-Gaskraftwerke eingehalten werden, für erreichbar. Inzwischen hält aber sogar die Regierung diese Pläne für unrealisierbar und hat sie zum Teil kurzerhand halbiert.

Ungeheure Kosten

Die Betrachtungen der Netzbetreiber hingegen sehen die Verlässlichkeit der Stromversorgung in Deutschland grundsätzlich in Gefahr. Es gibt schlicht nicht die personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen, die Pläne der Regierung hinsichtlich des Netzausbaus, des Baus der Backup-Gaskraftwerke, der Windräder und der Wasserstoff-Industrie in der zur Verfügung gestellten Zeit zu realisieren.

Leider hat sich die Ampel angewöhnt, die Brücken nach der Überquerung zu sprengen, wie bei der Kernenergie deutlich zu sehen ist. Der Rückweg soll unter allen Umständen versperrt werden, auch wenn sich eine Entscheidung später als Irrtum herausstellt. Nach der Devise „Not macht erfinderisch“ sollen dann wohl Energiespeicher herbeigezaubert werden. Beim Kohleausstieg hat man das Jahr 2030 auch im Habeck-Ministerium wohl schon längst beerdigt. Anders sind die Laufzeitverlängerungen bis nach 2031 nicht zu erklären, welche die

Bundesnetzagentur den „Kohle-Netzreservekraftwerken“ gewährt hat.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen zusätzlich ungeheure Kosten auf die Deutschen zurollen. Allein für die Ertüchtigung der Mittel- und Niederspannungsnetze werden jährlich 16 Milliarden Euro fällig. Die meist erdverlegten Niederspannungsnetze sind nämlich hinsichtlich ihrer Leitungsquerschnitte und ihrer Transformatoren nicht dafür ausgelegt, die hohe Anschlussleistung der vielen geplanten Wärmepumpen und Ladestationen für E-Autos zu versorgen.

Fünf Billionen Euro für die Energiewende

Aber auch hier lässt die Regierung schon die alten Brunnen zuschütten, bevor die neuen Wasser geben. Anders ist die Novelle §14 Energiewirtschaftsgesetz: *Regelungen zur Integration steuerbarer Verbrauchseinrichtungen* nicht zu erklären. Seit 1. Januar 2024 gilt: *„Ein Netzbetreiber darf nun den Anschluss von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen nicht mehr mit dem Hinweis auf mögliche Niederspannungsnetz-Engpässe verweigern“*. Notabene: obwohl die Netze nicht dafür geeignet sind, obwohl der Chef der Bundesnetz-agentur Müller selbst sagt: *„Auf einen schnellen Hochlauf ist der größte Teil der Nieder-spannungsnetze aktuell allerdings noch nicht ausgelegt. Die Netze müssen in hohem Tempo optimiert, digitalisiert und ausgebaut werden“*.

Welt Online schreibt: *„Eine Analyse im Auftrag des britischen Beratungsunternehmens Cornwall Insights verwies kürzlich zudem darauf, dass sich auch der Finanzspielraum der Bundesregierung für die Unterstützung von Gaskraftwerken verengt hat. Doch ohne Subventionen sind diese Stromerzeuger nach Angaben aus der Branche nicht rentabel zu betreiben.“*

Fest steht, dass die Energiewende noch enorme Geldsummen verschlingen wird. Bis 2050 seien Investitionen von rund fünf Billionen Euro notwendig, um Deutschlands Klimaneutralität zu erreichen, sagte Reiche unter Berufung auf Daten des Prognoseinstituts und der bundeseigenen KfWBank. Davon entfalle der Großteil auf die Bereiche Mobilität, Industrie und Energie. Hauptsächlich durch die Elektrifizierung des Autofahrens (per E-Auto) und des Heizens (per Wärmepumpe) werde die Stromnachfrage auf absehbare Zeit um jährlich zwei bis drei Prozent zulegen.“

Verarmungsprogramm für Deutschland

Fünf Billionen Euro bis 2050? Sind das nicht fünftausend Milliarden Euro? Dann arbeitet das ganze Land in den nächsten 25 Jahren für nichts anderes mehr als die Umsetzung der Dekarbonisierungsfantasien der Grünen. Es muss eine ganze Speicherindustrie aufgebaut werden. Derzeit besitzt Deutschland Speicher mit der Kapazität von ein paar Gigawattstunden. Dies muss innerhalb weniger Jahre auf 91

Gigawattstunden erweitert werden. Das bedeutet eine Verdreizehnfachung der Speicherkapazität bis 2050. Technologisch und geologisch eignen sich derzeit für Deutschland aber leider nur Batteriespeicher. Das Material dafür muss aber wohl von einem anderen Stern geholt werden.

Es sollen für 60 Milliarden H2-Ready-Gaskraftwerke gebaut werden, die vorerst mit teurem Fracking-LNG aus den USA betrieben werden. Aber aus dem Erdgas wollen die Grünen ja auch baldmöglichst aussteigen. Die Unmöglichkeit der Umsetzung aller hochfliegenden Beglückungsideen der Grünen zur Weltrettung ergibt nur einen Sinn: Es ist ein Verarmungsprogramm für Deutschland.

Dem letzten Satz des *Welt-Online*-Artikels habe ich nichts hinzuzufügen: *„Soll die Rechnung für eine sichere Stromversorgung aufgehen, muss gleichzeitig die Wasserstoff-Produktion von derzeit nahe null auf bis zu 40 Gigawatt hochgefahren werden – im Wesentlichen, um den Betrieb der Gaskraftwerke auch dann zu garantieren, wenn der nächste Ausstieg perfekt sein wird: der aus dem Erdgas“.*

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Seltener Lichtblick: Argentinische Dürre hat nichts mit dem Klimawandel zu tun – Klimaschau 183

geschrieben von AR Göhring | 15. März 2024

Die Klimaschau informiert über Neuigkeiten aus den Klimawissenschaften und von der Energiewende. Thema der 183. Ausgabe: Seltener Lichtblick: Argentinische Dürre hat nichts mit dem Klimawandel zu tun